

Chapter Title: „Cleavages“ oder „Legacies“? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa

Chapter Author(s): Guido Tiemann

Book Title: Osteuropäische Demokratien als Trendsetter?

Book Subtitle: Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts

Book Editor(s): Ellen Bos, Dieter Segert

Published by: Verlag Barbara Budrich. (2008)

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/j.ctvhkktvg.5>

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



JSTOR

Verlag Barbara Budrich is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter?*

„Cleavages“ oder „Legacies“? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa

Guido Tiemann

1. Einleitung

Dieser Artikel diskutiert den Beitrag politischer *Cleavages* zur Strukturierung des Parteienwettbewerbs in den Staaten des postsozialistischen Osteuropa. Der allgemeine theoretische Hintergrund bezieht sich damit auf das Konzept stabiler politischer *Cleavage Structures*, die, so Lipset und Rokkan (1967a), soziale Gegensätze und politisches Parteiensystem in den etablierten Demokratien Westeuropas vermitteln, organisieren und verstetigen. Spezifische theoretische Argumente betreffen die Transposition dieses Konzepts auf die neuen Demokratien Osteuropas, seine Einbettung in die historisch-institutionellen Kontexte des Systemwechsels und die politischen Konsequenzen kontextspezifischer *Legacies* der sozialistischen *Anciens Régimes*.

Zwei wesentliche Argumente stehen im Fokus dieses Beitrags: (1) Der unterschiedliche Verlauf der Systemwechselprozesse verhindert im postsozialistischen Osteuropa die Herausbildung gleichermaßen sozial verankerter wie politisch verstetigter Konfliktstrukturen, die nachhaltig den Parteienwettbewerb in den westeuropäischen Demokratien geprägt haben und im Zentrum des Arguments von Lipset und Rokkan (1967a) stehen. (2) Während das Konzept politischer *Cleavages* nicht sinnvoll auf das postsozialistische Osteuropa übertragen werden kann, sind aus unterschiedlichen Perspektiven, besonders prominent von Kitschelt et al. (1999) stimmige Versuche unternommen worden, die historisch kürzer greifenden *Legacies* der unterschiedlichen sozialistischen *Anciens Régimes* als Erklärungsfaktoren für die Struktur und Dynamik des politischen Wettbewerbs im Postsozialismus zu benutzen.

Diese Argumente begründen den folgenden Aufbau der Darstellung: Zunächst werden konzeptionelle Überlegungen zum Inhalt und zur Übertragbarkeit des *Cleavage*-Begriffs vorgestellt (2), und im Anschluss werden die präsentierten Überlegungen dezidiert auf die Situation des postsozialistischen Osteuropa bezogen (3). Der empirische Teil konzentriert sich auf eine systematische Analyse der Dimensionalität des politischen Wettbewerbs und damit auf eine systematische empirische Prüfung des von Kitschelt et al. (1999) formulierten *Legacy*-Arguments (4). Ein Fazit schließt die Darstellung ab und

bewertet die Tragfähigkeit der diskutierten Erklärungsansätze im Lichte theoretischer und empirischer Befunde (5).

2. Cleavages im historischen und sozialen Kontext

Das von Lipset und Rokkan (1967a) kodifizierte Konzept politischer *Cleavages* und *Cleavage Structures* gehört zu den modernen Klassikern der vergleichenden Parteien- und Parteiensystemforschung. Es zerfällt in zwei wesentliche Komponenten: (1) die These vom „Freezing“ der westeuropäischen Parteiensysteme und (2) das Modell von vier wesentlichen Konfliktdimensionen, die den Parteienwettbewerb langfristig stabilisieren.

2.1 Die Stabilität der Parteiensysteme etablierter Demokratien

Die Parteiensysteme in etablierten, westeuropäischen Demokratien galten lange Zeit als stabil und dauerhaft institutionalisiert, ja als „eingefroren“. Die grundlegende Struktur der westeuropäischen Parteiensysteme, und ihre Strukturdifferenzen untereinander, sind demnach bereits vor der signifikanten Erweiterung des Wahlrechts in der ersten Welle demokratischer Transformationen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bestimmt worden, und diese Merkmale sind, mindestens seit den 20er Jahren und bis hinein in die 60er Jahre, stabil erhalten geblieben. Die klassische Fassung dieser „Freezing“-These wird dabei stets dem Einleitungskapitel entnommen, das Lipset und Rokkan ihrem Sammelband „Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives“ (1967b) vorangestellt haben:

„(...) the party systems of the 1960s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's. (...) the party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates“ (Lipset/ Rokkan 1967a: 50; im Original kursiv).

Bei einem Urteil über den Stellenwert dieses Befundes gelten aber einige Einschränkungen, denn die Aussage von Lipset und Rokkan war niemals als genuines „Gesetz“ ausgearbeitet, sondern die Autoren beziehen sich eher auf eine empirische Beobachtung (vgl. ähnlich Mair 1997: 4-5). Das vorrangige Interesse ihres Beitrags war jedoch die genetische Erklärung der inhaltlichen Strukturen und Strukturdifferenzen von Parteiensystemen in den Staaten Westeuropas. Das „Einfrieren“ der Parteiensystemoptionen, ursprünglich von Lipset und Rokkan (1967a) nicht einmal als These formuliert, in einschlägigen Publikationen jedoch oft als *das* zentrale Argument gehandelt, markiert damit nur einen Nebenstrang, der begründet, warum die systematische Analy-

se der soziopolitischen Konfliktstrukturen etwa 1920 abbrechen und mindestens bis in die Mitte der 60er Jahre fortgeschrieben werden kann. Von daher ist einsichtig, dass kausale Mechanismen zum „Freezing“ der Parteiensysteme, bei Lipset und Rokkan nur eine Randnotiz zu einer anders ausgerichteten Analyse, gerade angedeutet, nicht aber konkret ausgearbeitet werden (vgl. Lipset/ Rokkan 1967a: 51-56 und weitergehend Rokkan 1977).

2.2 Die programmatische Strukturierung der Parteiensysteme etablierter Demokratien

Das Kernstück im Beitrag von Lipset und Rokkan (1967a) bildet die explizite Nachzeichnung der historischen Dynamiken von Konflikt und Konsens, die gleichermaßen expressive wie repräsentative Funktionen politischer Parteien thematisiert. Vom Befund, dass nur ein Bruchteil der denkbaren und/oder realen sozialstrukturellen Gegensätze eine Gesellschaft faktisch polarisiert, leiten sie die These von einer Hierarchie soziopolitischer Konfliktlagen ab, die sowohl regional, also in verschiedenen westeuropäischen Staaten, als auch historisch, im Laufe der Zeit innerhalb eines politischen Systems, variieren kann. Im folgenden Argument skizzieren Lipset und Rokkan (1967a: 13-14) dann vier verschiedene „kritische“ Konfliktkonstellationen bei der Strukturierung der Massenpolitik in Westeuropa. Zwei von ihnen entwickelten sich aus der Staats- und Nationenbildung (1-2), zwei weitere aus der, historisch meist nachgelagerten, Industrialisierung (3-4):

1. Zentrum vs. Peripherie,
2. Staat vs. Kirche,
3. Stadt vs. Land,
4. Arbeit vs. Kapital.

Die Konzepte *Cleavages* und *Cleavage Structures* bezeichnen sehr viel mehr als nur einen soziologischen Reflex der vier abgesteckten Konfliktlinien in den jeweils nationalen Parteiensystemen. Eine derartige, soziologistische Perspektive blendet „collective action“-Probleme *in toto* aus (vgl. hierzu den klassischen Beitrag von Olson 1965). An soziopolitischen Konfliktlinien gebrochene Interessen organisieren sich nicht von selbst, sondern dieser Prozess bedarf handelnder Akteure, die die Artikulation von Protest und die Repräsentation dieser Interessen leisten und organisieren (Lipset 1959). Genau dies, die politische, ideal parteipolitische, Organisation bildet, neben der sozialstrukturellen Konfliktbasis, das zweite, gleichberechtigte Definitionskriterium der *Cleavages* und *Cleavage Structures* im Sinne von Lipset und Rokkan (1967a) und Rokkan (1970, 2000).

Diese doppelte Orientierung des *Cleavage*-Begriffs an soziologischen und an akteurstheoretischen Elementen markiert für Sartori (1969), in einer

frühen Replik, die Fortentwicklung von der „Soziologie der Politik“ hin zu einer genuinen „politischen Soziologie“ („From the Sociology of Politics to Political Sociology“), die Parteien und Parteiensysteme nicht mehr einfach als abhängige, sondern gleichermaßen als unabhängige Variable fasst. Ähnlich argumentiert auch Peter Flora (2000) bei der Definition des *Cleavage*-Begriffs in der Einleitung einer deutschsprachigen Ausgabe des Werks von Stein Rokkan (2000):

Die Entstehung von Spaltungsstrukturen [= die von Flora gewählte Übersetzung der *Cleavage Structures*; d.A.] ist bei Rokkan konzeptuell wie historisch an die Entwicklung territorialer politischer Systeme gebunden. Der Begriff ermöglicht ihm, die weit in die Geschichte zurückreichenden Prozesse der Staats- und Nationenbildung mit den späteren Prozessen der Demokratisierung zu verknüpfen. In Rokkans Gebrauch hat der Begriff „Spaltungsstruktur“ folgende Merkmale:

- er ist ein *konzeptuelles Bindeglied* zwischen Sozialstruktur und politischem System, zwischen Strukturierung und Grenzziehung;
- er verbindet diese in *beide Richtungen* und ist in diesem Sinne nicht „soziologisch“;
- er ist *dynamisch*, indem er Spaltungsstrukturen als Produkt von Entwicklungsprozessen und -problemen interpretiert.

(Flora 2000: 53-54; Hervorhebung im Original)

Mit dieser Konstellation, so lautet die hier systematisierte, kausale Rekonstruktion der „Freezing“-These, war ein Set von Bedingungen entstanden, das die Konservierung der politischen Konfliktstrukturen der Zwanzigerjahre bis in die Sechzigerjahre, und darüber hinaus, begründet: Zunächst waren die politischen Parteien durch die institutionellen Hürden im politischen System genötigt, eine solide sozialstrukturelle Verankerung zu suchen, die sie auf der Meso-Ebene des politischen Systems zunächst als Einzelakteure dauerhaft stabilisierte. Zweitens führte die Ausweitung der Partizipation, das zentrale Thema in der Demokratisierung Westeuropas, zur Mobilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen, die mit der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts, so jedenfalls das Urteil von Lipset und Rokkan (1967a), abgeschlossen war.

2.3 Die Instabilität postsozialistischer Parteiensysteme

Die Leitfrage betrifft nun die Übertragbarkeit dieses Modells auf andere Regionen, hier auf das (re-)demokratisierte Osteuropa seit 1990. Rokkans Modell besteht schließlich aus einem Grundansatz und, als einzigem empirisch ausgearbeiteten Element, einer regionalen „Transponierung“ auf die Region Westeuropa (vgl. Flora 2000: 24-27, 76-83). Von daher ist es leicht verständ-

lich, dass im Gefolge der Transformationsprozesse in Osteuropa eine Vielzahl von Studien vorgelegt wurde, deren Zielstellung es war, die Konzepte *Cleavages* und *Cleavage Structures* auf die Region Osteuropa zu übertragen und dort anzuwenden (vgl. etwa Evans/ Whitefield 1993, 1998, 200, Klingemann 1994 und Whitefield 2002).

Bei der langen „ersten Welle“ demokratischer Transformationen war die Ausweitung der politischen Partizipation auf vorher ausgeschlossene Bevölkerungsschichten das zentrale Motiv und die Antriebsfeder der folgenden Transformationen im institutionellen Bereich und in den Parteiensystemen. Sie führte schließlich mit dem allgemeinen Männerwahlrecht am Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Stabilisierung der Parteiensysteme auf der Grundlage „gefrorener“ *Cleavage Structures*. Wie Robert A. Dahl (1971: 1-16) dezidiert herausarbeitet, bedeutete dieser Prozess die Öffnung der Partizipation in bereits kompetitiven politischen Systemen. Diese Sequenz verlief jedoch im Osteuropa der „dritten Welle“ sehr unterschiedlich. Hier stand 1990 und im Folgenden nicht die Ausweitung der Partizipation im Vordergrund, sondern die Einführung kompetitiver Elemente in das politische System. Die realsozialistischen *Anciens Régimes* waren bereits auf Massenpolitik und -mobilisierung ausgerichtet, und in denjenigen Staaten, die nicht einmal eine kurze demokratische Episode in der Zwischenkriegszeit durchlaufen hatten, waren partizipative Elemente sogar erstmals im Realsozialismus eingeführt worden. Die Penetration des staatlichen Institutionensystems durch den monopolistischen Machtanspruch der Parteienomenklatura verstellte jedoch die Option für politischen Wettbewerb. In dieser Konstellation waren der Aufbau und die Konsolidierung von Parteiensystemen nicht das Resultat eines langfristigen Mobilisierungsprozesses, sondern die funktionalen Erfordernisse einer repräsentativen Demokratie mussten im Nachgang des Kollaps' der realsozialistischen Systeme *ad hoc* institutionell organisiert werden.

Der Kern des Arguments ist nun, dass in einem so phasenverschobenen Prozess keine oder mindestens keine mit Westeuropa vergleichbare Option für ein „Freezing“ der parteipolitischen Alternativen besteht. Die Kräfte der Regimeopposition mussten nicht das für Westeuropa skizzierte System der vier institutionellen Schwellen („thresholds“) von der Legitimation bis hin zur Mehrheitsmacht nehmen (vgl. Lipset/Rokkan 1967a: 27), sondern sie traten sofort und ohne jede soziopolitische Verankerung in den politischen Wettbewerb ein. Hinzu kommt noch eine weitere Hinterlassenschaft des Realsozialismus. In den, je nach Vergleichsstaat, etwa vier bis sieben Dekaden totalitärer Herrschaft, mit unterschiedlicher Ausrichtung und Intensität sozialistischer „Modernisierungspolitiken“, sind maßgebliche Konfliktlinien, die noch das demokratische Intermezzo der Zwischenkriegszeit strukturiert hatten, eingeebnet worden. Damit ist, wie noch deutlich wird, nicht die von Evans und Whitefield (1993: 528-533) und Kitschelt et al. (1999: 391-395) heftig kritisierte „tabula rasa“-These gemeint, wohl aber der Befund, dass

eben die Strukturierungsoptionen für politische Konflikte doch deutlich hinter etablierten Demokratien und vormals autoritären Transformationsstaaten in Südeuropa oder Lateinamerika zurückstehen.

In diesem Kontext wird das evolutionäre Entwicklungsmodell Lipsets und Rokkans (1967a) im postsozialistischen Osteuropa nicht nachvollzogen. Das betrifft nicht nur die fehlende soziopolitische Verankerung einzelner Parteien, sondern gleichermaßen mangelnde Stabilisierungsoptionen für das Parteiensystem insgesamt, wenn mit der Mobilisierung aller Bevölkerungsschichten in der kompetitiven Massenpolitik nicht das „narrowing of the ‚support market““ (Lipset/ Rokkan 1967a: 51) mit dem Ausschluss weiterer Alternativen zur Parteineugründung folgt. Als Konsequenz ist es eigentlich verfehlt, von *Cleavages* oder gar von *Cleavage Structures* in Osteuropa zu sprechen. Damit ist nicht gemeint, es gebe, im Sinne der „tabula rasa“-These, in völlig eingeebneten Gesellschaften keine soziopolitischen Konflikte, die die kompetitive Massenpolitik in den „neuen“ Demokratien Osteuropas strukturierten. Gleichwohl bedeutet dieser Befund, dass tendenziell kein zu Westeuropa analoges langfristiges Stabilisierungspotenzial einer *Cleavage Structure* erwartet werden kann.

Die mangelnde Strukturierung osteuropäischer Parteiensysteme bezeichnet aus dieser Perspektive, anders als von vielen Transformationstheoretikern erwartet, mehr als nur ein Übergangsphänomen im Systemwechsel. Die rasante Folge von Parteineugründungen und -auflösungen, von Fusionen und von Fraktionierungen bestehender Parteien scheint auch in denjenigen „neuen“ Demokratien noch längst nicht vorüber zu sein, die, gemessen an den übrigen Kriterien der demokratischen Konsolidierung, weit fortgeschritten sind. Dramatische Umbrüche in den Parteiensystemen, häufig bei der vierten oder fünften freien und demokratischen Wahl, mehr als eine Dekade nach Beginn von Liberalisierung und Demokratisierung, dokumentieren diese Defizite eindrucksvoll. Das gilt gleichermaßen für die plötzliche Wandelbarkeit bereits als „konsolidiert“ eingestuftes Parteiensysteme wie für die fortgeschriebene Volatilität stetig fluider und unstrukturierter Parteiensysteme. Jüngere Beispiele sind etwa die Umbrüche bei den bulgarischen Parlamentswahlen 2005, den Wahlen zum polnischen *Sejm* 2005 und die slowakischen Wahlen von 2002 und 2006 (vgl. die Studie von Sikk 2005).

2.4 Defizite des *Cleavage*-Konzepts

Das Konzept politischer *Cleavages* und *Cleavage Structures* bleibt deshalb problematisch. Dies gilt insbesondere, weil Lipset und Rokkan (1967a) eine spezifische Definition ihres Begriffs nicht ausgearbeitet haben, denn die exakte konzeptionelle Platzierung von *Cleavages* irgendwo zwischen politischen Konflikten und sozialen Gegensätzen bleibt letztlich unklar. Einige Autoren

bestimmen deshalb *Cleavages* als einen „catch-all“-Begriff für irgendwelche sozialen Gegensätze (vgl. etwa Rae und Taylor 1970); letztlich bleiben diese Perspektiven reduktionistisch und argumentieren zudem, im Sinne von Sartori, soziologistisch. Weitere Autoren greifen diese Kritik auf, bestimmen jedoch im Folgenden das Konzept auf vielfältig verschiedene Weise, und viele dieser Fassungen sind nicht nur heterogen und letztlich arbiträr, sondern teils so umfassend und letztlich tautologisch, dass nicht mehr identifizierbar ist, wo eigentlich die Grenze zwischen *Cleavage Structures* und Parteiensystemen verläuft: „social distinctions become cleavages when they are organized as such“ (Bartolini/Mair 1990: 216).

Die Anwendbarkeit des *Cleavage*-Konzepts bei der Analyse osteuropäischer Parteiensysteme war und ist in der Literatur umstritten, und jedes Urteil ist eng mit diesen definitorischen Aspekten verbunden. Skeptische Positionen vertreten etwa Elster et al. (1998: 247-270) und die Beiträge in Lawson et al. (1999), optimistischer urteilen Berglund et al. (1998), Evans und Whitefield (1993, 1998, 2000), Klingemann (1994) und Whitefield (2002). Die jeweilige Position hängt dabei deutlich von der konkret benutzten Definition des *Cleavage*-Begriffs ab: Zielt seine Verwendung allein auf eine Beschreibung soziopolitischer Gegensätze innerhalb der Gesellschaften, die irgendwie mit Parteien und Parteiensystemen korrespondieren, kann ihre Existenz umstandslos konstatiert werden. Wird jedoch, grob im Sinne von Lipset und Rokkan (1967a), eine der weiter gefassten Definitionen angelegt, spricht vieles gegen die Existenz von stabilisierenden *Cleavage Structures*.

In diesem Beitrag sind *Cleavages* und *Cleavage Structures* im ursprünglichen, engen Sinne definiert, und wenn vorrangig auf die „Soziologie der Politik“ abgestellt wird, ist von „Konflikten“ oder „gesellschaftlichen Gegensätzen“ die Rede. Eine ähnliche Sprachregelung zur Abgrenzung vom spezifischeren *Cleavage*-Begriff verwenden auch Kitschelt et al. (1999: 64-69), die soziopolitisches Konfliktpotenzial als „divides“, nicht als „cleavages“ bezeichnen.

3. Legacies als Determinanten von Parteiensystemen

Wenn deshalb Begriff und Konzept politischer *Cleavages* nicht auf die Analyse postsozialistischer Parteiensysteme übertragbar sind, muss nach einem alternativen Erklärungskonzept gefragt werden, das dezidiert die Spezifika des sozialistischen (Um-)Wegs in die Moderne aufnimmt und den nachhaltigen Bruch mit der vorsozialistischen Phase rezipiert. Zudem kann in diesem Kontext weder konzeptionell unterstellt noch empirisch gezeigt werden, dass aktuelle ideologische Bruchlinien weiterhin mit langfristig historisch verankerten und systematisch verstetigten Konfliktstrukturen korrespondieren.

Über den konkreten Konnex vorsozialistischer Demokratieerfahrungen, der Zwischenkriegszeit, des Typs des realsozialistischen *Ancien Régime*, des Transitionstyps und der Struktur wie Qualität des „neuen“ demokratischen Systems ist viel theoretisiert worden. Herbert Kitschelt hat in einer Serie von Beiträgen (Kitschelt 1992, 1995, Kitschelt et al. 1999, Kitschelt/ Smyth 2002) eine Perspektive entwickelt, die den vorrangig auf Konsolidierungsaspekte gerichteten Fokus der Transformationstheorie überwinden soll. Ihre Zielstellung ist stattdessen auf die Analyse der Qualität des demokratischen Prozesses in den „neuen“ Demokratien gerichtet (Kitschelt et al. 1999: 4-9). Methodisch werden dabei Erklärungen über die *Legacies* des realsozialistischen *Ancien Régime* mit einer institutionenorientierten Perspektive in einem sequenziellen Modell verbunden (vgl. Crawford/Lijphart 1996, Kitschelt et al. 1999 und Kitschelt/Smyth 2002).

Den Ansatzpunkt bei einer Analyse von Konsequenzen historischer *Legacies* für die Struktur aktueller Parteiensysteme bildet die von Kitschelt et al. (1999) vorgeschlagene typologische Verortung dreier unterschiedlicher Varianten realsozialistischer Herrschaft, die an zwei inhaltlichen Kriterien festgemacht wird: (1) Das erste Kriterium betrifft den Grad der bürokratisch-administrativen Ausgestaltung des Staatsapparats. Die Bandbreite reicht hier von einer regelhaften, rationalen Verwaltungsstruktur bis hin zu eher patrimonialen Strukturen, die auf Patronage, Klientelismus, Korruption und charismatischer Herrschaft gründen. (2) Das zweite Kriterium bezieht sich auf die Art der Herrschaftsausübung und reicht von eher kooptiven, anreizorientierten Modellen hin zu sehr repressiven Varianten. Aus diesen beiden Dimensionen werden drei Idealtypen der sozialistischen Regimes mit ihren jeweils spezifischen historischen Vorgängermodellen in der Zwischenkriegszeit und ihren jeweils spezifischen Effekten im weiteren Verlauf der Entwicklung postsozialistischer Nachfolgesysteme konstruiert.

3.1 Bürokratisch-autoritärer Sozialismus

Bürokratisch-autoritärer Sozialismus korrespondiert mit dem Idealtypus eines totalitären Systems. Dieser Typ baut auf einem zentralisierten, regelgeleiteten bürokratischen Apparat auf, der tendenziell in alle gesellschaftlichen Sphären hineinreicht. An seiner Spitze steht eine professionalisierte bürokratische Klasse, die zentrale Planungsaufgaben in Politik und Ökonomie ausführt. Optionen einer Regimeopposition oder pluralistische Anstöße aus Politik und Ökonomie werden regelmäßig unterminiert oder, sollten sie dennoch aufbrechen, repressiv unterdrückt. Die technokratischen Eliten begegnen in diesem *Setting*, so Kitschelt et al. (1999: 26), Partizipationsansprüchen, die etwa im gesellschaftlichen Mittelstand entstehen, mit dem komparativ höchsten Maß an staatlicher Repression.

Bürokratisch-autoritärer Sozialismus entsteht vor allem in denjenigen Staaten, die eine beträchtliche liberal-demokratische Erfahrung in der vorsozialistischen Periode aufweisen und die Entwicklung hin zur Industriegesellschaft frühzeitig begonnen und die tradierte agrarische Gesellschaftsstruktur aufgebrochen haben. Beispiel eines bürokratisch-autoritären Kommunismus in Osteuropa ist die Tschechische Republik.

3.2 Patrimonialer Sozialismus

Patrimonialer Sozialismus bezeichnet den anderen „polaren“ Systemtyp. Im Vergleich zum bürokratisch-autoritären System ist das Entwicklungsniveau der Staatsbürokratie weit weniger ausgebildet und professionalisiert. An die Stelle einer gut institutionalisierten, repressiven Bürokratie treten als Mechanismen der Machtausübung persönliche Abhängigkeitsbeziehungen, Patronage und Klientelismus. Die Kontrolle dieses Systems liegt meist in den Händen kleiner Elitengruppen, die eben nicht regelgeleitet, sondern erratisch über die skizzierten Kanäle „hinabregieren“. Dieser Regimetyp entstand vorrangig in eher rückständigen Staaten ohne demokratische Erfahrung aus der Zwischenkriegszeit und mit einer vergleichsweise wenig industrialisierten, agrarisch dominierten Wirtschaft und Sozialstruktur. Zunächst lag die Machtbasis des patrimonialen Sozialismus regelmäßig bei der verarmten Bauernschaft, die über Maßnahmen gegen die tradierte, aus dem nicht-sozialistischen Vorgängerregime überkommene Landbesitzerklasse oder Versprechen einer weitergehenden Landreform mobilisiert wurde. Das folgende politische Programm im patrimonialen Sozialismus basierte auf einem forcierten Aufbau der Schwerindustrie und der staatsinduzierten und -gelenkten Konstruktion einer Industriegesellschaft (Kitschelt et al. 1999: 23). Beispiele im postsozialistischen Osteuropa sind etwa Bulgarien, Estland, Lettland, Rumänien und die Slowakei.

3.3 National-akkommodativer Sozialismus

National-akkommodativer Sozialismus nimmt tendenziell eine Stellung zwischen diesen polaren Typen ein. Dieses Herrschaftssystem ruht auf einem teilweise entwickelten formalbürokratischen Apparat, der zu einem gewissen Grad von der Parteibürokratie emanzipiert ist. Verglichen mit den anderen beiden Systemtypen ist das Repressionspotenzial hier das geringste, und mindestens zeitweise dominiert eine kooptive, anreizgesteuerte Herrschaftsstruktur. Damit gehen einerseits die höchsten Grade an bürgerlichen Freiheitsrechten und wirtschaftlichem Pluralismus einher, andererseits aber auch ein Potenzial, von Interventionen oder Interventionsdrohungen des sowjetischen Blockhegemons betroffen zu sein (respektive bei Geltung der Bresch-

new-Doktrin). National-akkommodativer Sozialismus entsteht vor allem in Staaten, die auf eine semi-autoritäre Vergangenheit oder den Kollaps einer Demokratie in der Zwischenkriegszeit zurückblicken.

Auch beim ökonomischen und sozialstrukturellen Entwicklungsniveau der Vorgängerregimes nimmt der national-akkommodative Sozialismus eine mittlere Position ein, mit einer begonnenen, jedoch nicht abgeschlossenen Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft, einer weitgehend embryonalen und wenig effizienten Staatsbürokratie und starken, politisierten Konflikten von Stadt und Land in Gesellschaft und Parteiensystem. Häufig tritt, als weiteres pluralistisches Element, eine bedeutende Rolle der (katholischen) Kirche hinzu (Kitschelt et al. 1999: 25). Beispiele national-akkommodativer sozialistischer *Anciens Régimes* sind etwa Polen, Slowenien und Ungarn.

Diese drei Modi sozialistischer Herrschaft blicken nicht nur auf jeweils vergleichbare vorsozialistische Vergangenheiten in Politik, Ökonomie und Gesellschaft zurück. Perspektivisch, in die Zukunft gerichtet, bündeln sie die jeweiligen Kontexteigenschaften zu pfadabhängigen Entwicklungsmodellen der postsozialistischen Nachfolgeregimes. Bereits Linz und Stepan (1996: 55-65) stellen einen Konnex von sozialistischem Herrschaftstyp und dem Modus des Systemwechsels her, der jeden der von ihnen gebildeten Systemtypen mit bestimmten *Exit*-Optionen identifiziert. Analog argumentieren Kitschelt et al. (1999: 28-31), der bürokratisch-autoritäre Sozialismus ende mit dem plötzlichen Kollaps, der „Implosion“ des Parteistaats, während der patrimoniale Sozialismus zunächst durch die „präemptive Reform“ von oben in die Transformationsphase eintrete. Im national-akkommodativen Sozialismus schließlich finde der klassische „paktierte“ Systemwechsel (idealtypisch an gleichberechtigt besetzten „Runden Tischen“) statt.

Kitschelt et al. (1999) zeichnen aber noch weiter gehende, pfadabhängige Konsequenzen der drei unterschiedlichen *Legacies* für die Herausbildung und Bedeutung bestimmter soziopolitischer Konflikte und für die Optionen auf einen verstetigten, programmatisch strukturierten, regelhaften Parteienwettbewerb.¹ Im Detail zeigen Kitschelt et al. (1999) an ihrem *Set* von vier osteuropäischen Vergleichsstaaten, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn, dass die *Legacies* der sozialistischen *Anciens Régimes* profunde Effekte auf die Dimensionalität des politischen Wettbewerbs und die Salienz sozioökonomischer und/ oder kultureller *Issues* projizieren:

- (1) Für die Nachfolger des bürokratisch-autoritären und des patrimonialen Sozialismus postulieren sie eine tendenziell eindimensionale

1 Kitschelt et al. (1999: 64-69) diskutieren etwa, als osteuropäische Variante der von Lipset und Rokkan (1967a) behandelten Konfliktlinien, ein System von fünf potenziellen „party divides“: (1) „political regime divide“, (2) „economic-distributive divide“, (3) „socio-cultural divide“, (4) „national-cosmopolitan divide“ und (5) „ethnic divides“.

Struktur des politischen Wettbewerbs, die von sozioökonomischen Konflikten dominiert wird.

- (2) Im Nachgang des national-akkommodativen Sozialismus entsteht dagegen eine tendenziell zweidimensionale Konfliktstruktur, die gleichermaßen von sozioökonomischen und kulturellen Themen bestimmt wird.

4. Struktur und Dimensionalität der Parteienkonkurrenz

Die folgenden Ausführungen testen die pfadabhängigen Argumente empirisch und konzentrieren sich dabei auf zwei wesentliche Aspekte: (1) die fortgeschriebene Wirksamkeit postsozialistischer *Legacies*, und damit die Gültigkeit des pfadabhängigen Arguments, und (2) die Verallgemeinerbarkeit über das von Kitschelt et al. (1999) analysierte Sample aus vier Vergleichsstaaten (Bulgarien, die Tschechische Republik, Polen und Ungarn) hinaus.

4.1 Die Messung von Parteipositionen

Konkrete und für vergleichende Analysen aufbereitete Übersichten zur programmatischen Positionierung politischer Parteien bei unterschiedlichen Sachfragen sind für das postsozialistische Osteuropa bislang kaum erarbeitet und vorgelegt worden. Eine neuere Publikation von Kenneth Benoit und Michael Laver (Benoit/Laver 2006) hilft nun, diese empirische Lücke erstmals zu schließen.

Die Autoren benutzen die Einschätzungen politikwissenschaftlicher Experten („Expert Judgements“) zur Vermessung der Positionen politischer Parteien auf verschiedenen *Issue*-Skalen. Die Experten beurteilen dabei die programmatische Position politischer Parteien auf unterschiedlichen Zwanzig-Punkte-Skalen. Die konkrete Position einer Partei ergibt sich als das arithmetische Mittel der einzelnen, bereits quantifizierten Einschätzungen, die die Experten vorgenommen haben. Benoit und Laver haben ihre Erhebung in 47 Staaten durchgeführt, gleichermaßen in etablierten Demokratien und in den neuen Demokratien der „dritten Welle“. Der Datensatz taxiert die programmatischen Positionen postsozialistischer Parteien auf einer Reihe von enumerativ zusammengestellten programmatischen Skalen.² Die Experten-*Surveys* wurden von Ende 2002 bis Anfang 2004 durchgeführt (vgl. Benoit/Laver 2006, Appendix A).

2 Datensatz, Codebook und einige weitere Erläuterungen können unter <http://www.politics.tcd.ie/ppmd/> abgerufen werden.

Tabelle 1: Elf enumerative Issue-Dimensionen bei Benoit/Laver (2006)

VAR1	Economic (Spending vs. Taxes)
	(1) Promotes raising taxes to increase public services.
	(20) Promotes cutting public services to cut taxes.
VAR2	Social
	(1) Favours liberal policies on matters such as abortion, homosexuality, and euthanasia.
	(20) Opposes liberal policies on matters such as abortion, homosexuality, and euthanasia.
VAR3	Economic (Privatization)
	(1) Promotes maximum state ownership of business and industry.
	(20) Opposes all state ownership of business and industry.
VAR5	Environment
	(1) Supports protection of the environment, even at the cost of economic growth.
	(20) Supports economic growth, even at the cost of damage to the environment.
VAR6	Former Communists
	(1) Former communist party officials should have the same rights and opportunities as other citizens to participate in public life.
	(20) Former communist party officials should be kept out of public life as far as possible.
VAR7	Foreign Ownership of Land
	(1) Supports unrestricted rights of foreigners to purchase and own land.
	(20) Opposes any right of foreigners to purchase and own land.
VAR8	Media Freedom
	(1) The mass media should be completely free to publish any material they see fit.
	(20) The contents of the mass media should be regulated by the state in the public interest.
VAR9	Nationalism
	(1) Strongly promotes a cosmopolitan rather than a national consciousness, history, and culture.
	(20) Strongly promotes a national rather than a cosmopolitan consciousness, history, and culture.
VAR10	Religion
	(1) Supports religious principles in politics.
	(20) Supports secular principles in politics.
VAR11	Urban vs. Rural Interests
	(1) Promotes interests of urban voters above others.
	(20) Promotes interests of rural voters above others.
VAR12	Decentralisation
	(1) Promotes decentralisation of all administration and decision-making.
	(20) Opposes any decentralisation of administration and decision-making.

In Tabelle 1 sind elf verschiedene kulturelle wie sozioökonomische *Issues* aufgeführt, die Benoit und Laver zusammengetragen und für Parteien aus dem postsozialistischen Osteuropa abgefragt haben. Neben konventionellen Skalen, die auch bei der Analyse der Parteiensysteme in etablierten Demokratien bedeutsam und in der angewandten Forschung gebräuchlich sind, schließt der Datensatz auch *Issues* ein, die besonders auf das postsozialistische Osteuropa

zugeschnitten sind, zum Beispiel die Fragen nach der Rolle ehemaliger Kommunisten im politischen Wettbewerb (VAR6) und nach dem Recht auf Landerwerb durch Ausländer (VAR7). Aus der empirischen Perspektive enthält dieser Datensatz eine enorme Fülle von Einzelinformationen. Insgesamt liegen für 64 politische Parteien aus den acht neuen EU-Staaten vollständige Angaben vor; das bedeutet insgesamt mehr als neunzehntausend Einzelurteile der Länderexperten über die elf Einzelissues hinweg. Diese enorme empirische Komplexität bedeutet gleichermaßen Vorteile und Nachteile für die systematische Analyse. Zunächst trägt die hohe Zahl befragter Länderexperten und abgegebener Einzelbewertungen nicht nur zur empirischen Sättigung der Analyse bei, sondern gleichermaßen zur Validität, Reliabilität und internen Konsistenz der Parteiplazierungen.

4.2 Die Dimensionalität des politischen Wettbewerbs

Die isolierte, phänomenologische Inspektion einzelner Skalen legt stets nur kleine Ausschnitte der komplexen Realität frei. Vielmehr kann unterstellt werden, dass Parteien programmatische Positionen auf einer bestimmten Skala nicht unabhängig von anderen *Issues* beziehen. Politische Parteien bündeln einzelne Positionen zu kohärenten programmatischen Paketen. Dieses *Clustering* empirischer Informationen trägt Multikollinearitätsprobleme in die Analyse hinein, sodass die Einflüsse einzelner Faktoren auf die abhängige Variable nicht mehr eindeutig voneinander geschieden werden können. Deshalb ist die wesentliche Aufgabe dieser Ausführungen, die eigentliche substantielle Analyse durch ein Verfahren der Dimensionsreduktion vorzubereiten. Eine Faktoranalyse ist in dieser Optik das geeignete Verfahren, um die elf Einzelvariablen auf ihre grundlegenden Dimensionen zu projizieren und so zu ermitteln, ob die elf einzelnen *Issues* von politischen Parteien zu unterlegten, aber nicht direkt sichtbaren *Issue*-Dimensionen gebündelt werden. Die extrahierten Faktoren bilden diese Dimensionen ab, und ihre Anzahl verweist auf die Dimensionalität des politischen Raumes. Freilich weisen die bestimmten Faktoren allein rein numerische Werte auf, nicht jedoch definierte Skalen oder spezifische Inhalte, sodass ein wesentlicher Schritt der Faktoranalyse ihre inhaltliche Interpretation ist.

Empirisch verweist die Hauptkomponentenanalyse eindeutig auf die Zweidimensionalität des politischen Raumes aus ursprünglich elf politischen Sachfragen. Die beiden extrahierten Faktoren (1, 2) begründen gemeinsam fast 85 Prozent der Gesamtvarianz aller elf einzelnen Variablen. Faktor 1 (Eigenwert = 4.19) erklärt allein mehr als 51 Prozent der Gesamtvarianz aller elf Einzelvariablen; Faktor 2 (Eigenwert = 2.77) trägt weitere 33 Prozent bei. Im Vergleich könnte ein hypothetischer dritter Faktor (Eigenwert = 0.83) nur noch eine geringe Verbesserung der empirischen Resultate erzielen und wird

im Folgenden nicht berücksichtigt. Diese empirischen Befunde verweisen deshalb auf eine generell zweidimensionale Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa.

Tabelle 2: Die empirische Dimensionalität des Parteienwettbewerbs

	Eigenwert	Differenz	Varianzaufklärung	
			spezifisch	kumulativ
Faktor 1	4.19	1.42	0.51	0.51
Faktor 2	2.77	1.93	0.33	0.84
...
Faktor 3	0.83	0.25	0.10	0.94

Anmerkungen: N = 82 Parteien aus neun postsozialistischen Vergleichsstaaten; das Kaiser-Meyer-Olkin-Maß (KMO = 0.74) und der Bartlett-Test bestätigen die Stichprobenangemessenheit und Sphärität der Daten.

Tabelle 3 dokumentiert die konventionellen Angaben zu jeder Faktorenanalyse, Faktorladungen der elf Einzelissues nach einer schiefwinkligen Rotation und die entsprechenden inversen Kommunalitäten (*uniqueness*). Faktorladungen geben die Stärke des Zusammenhangs eines Faktors und der Einzelvariablen an. Werte in der Nahe von +/- 1.0 signalisieren eine nahezu vollständige Korrespondenz von Faktor und Variable, während Faktorladungen zwischen -0.4 und +0.4 lediglich auf eine geringe, kaum relevante Assoziation zwischen der beobachteten Variable mit dem unbeobachteten Faktor verweisen. Inverse Kommunalitäten (*uniqueness*) bestimmen denjenigen Anteil der Varianz eines einzelnen *Issues*, der nicht durch die beiden Faktoren „erklärt“ wird. Geringe Werte bei *uniqueness* bedeuten, dass eine Einzelvariable nahezu vollständig durch die übergreifenden Konfliktdimensionen, abgebildet durch die beiden extrahierten Faktoren, bestimmt wird, hohe Werte verweisen auf einen beträchtlichen Anteil der Varianz eines politischen Themas, der nicht mit den übergreifenden Konfliktdimensionen korrespondiert und deshalb „quer“ zu den dominierenden *Issue*-Bündeln liegt.

Nach der Erklärung dieser technischen Details ist die inhaltliche Interpretation beider Faktoren der nächste Schritt. Faktoren haben keine materielle Substanz und weisen keine bestimmte Maßeinheit auf, sondern erhalten nur durch ihre Interpretation eine konkrete, substantielle Bedeutung. Bei dieser Analyse identifiziert Faktor 1 die kulturelle Politikdimension. Hohe Werte korrespondieren hier mit autoritären im Gegensatz zu liberalen Gesellschaftskonzepten. Im Einzelnen zeigen sie Opposition gegen liberale Gesellschaftsvorstellungen (VAR2), die Gegnerschaft zum politischen Engagement ehemaliger kommunistischer Parteifunktionäre (VAR6) sowie zum Recht auf Landerwerb für Ausländer (VAR7) an. Darüber hinaus favorisieren diese Parteien die staatliche Regulation der Massenmedien (VAR8), befürworten die Einführung von religiösen und nationalen Themen in die politische Sphäre

und vertreten eher ländliche, weniger städtische Interessen (VAR11). Faktor 2 identifiziert dagegen die zweite, sozioökonomische Konfliktdimension. Politische Parteien mit hohen Werten bei Faktor 2 vertreten eindeutig wirtschaftsliberale Positionen, sie treten für einen schlanken Staat und geringe Steuersätze ein (VAR1) und bekämpfen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (VAR3). Sie wollen weiter Ausländern den Landerwerb ermöglichen (VAR7), treten für die Medienfreiheit (VAR8) ein, und sie tendieren dazu, dezentrale Entscheidungsfindung einem bürokratischen Zentralismus vorzuziehen (VAR12).

Table 3: Einzelne *Issues* auf den beiden grundlegenden Dimensionen

	VAR	Faktor 1	Faktor 2	<i>uniqueness</i>
1:	Economic (taxes/ spending)	0.0985	0.9243	0.1534
2:	Social (liberal/ authoritarian)	0.8765	0.0403	0.2370
3:	Economic (privatization)	0.0048	0.9662	0.0672
5:	Environment	-0.0032	0.2895	0.9160
6:	Former Communists	0.5731	0.6227	0.3524
7:	Foreign Land Ownership	0.5602	-0.6556	0.1857
8:	Media Freedom	0.5868	-0.5400	0.3030
9:	Nationalism	0.7580	-0.1246	0.3918
10:	Religion	-0.7786	-0.3667	0.3143
11:	Urban vs. Rural	0.5389	-0.3076	0.5831
12:	Decentralisation	0.4551	-0.4547	0.5464

Anmerkungen: Faktor 1 und 2 geben die jeweiligen Faktorladungen der kulturellen und der sozioökonomischen Dimension an, d.h. die Korrelation der Einzelvariablen mit den übergreifenden Dimensionen; *uniqueness* bezeichnet denjenigen Anteil der Varianz einer Einzelvariablen, der durch beide Faktoren nicht erklärt wird.

Einige einzelne *Issues* korrespondieren schließlich nicht eindeutig mit einer der beiden Dimensionen und können folglich nicht konkret in das System kultureller und/ oder sozioökonomischer Konfliktdimension eingeordnet werden. Hohe Werte bei der *uniqueness* zeigen an, dass die Varianz eines Einzelissues von beiden Faktoren gemeinsam nicht hinreichend erklärt werden kann. In dieser Analyse betrifft das insbesondere die ökologische Konfliktdimension (VAR5), die kaum Prägekraft auf die postsozialistischen Parteiensysteme entwickelt, die Konflikte von Stadt vs. Land (VAR11) und schließlich tendenziell den Gegensatz von Zentralisierung vs. Dezentralisierung (VAR12).

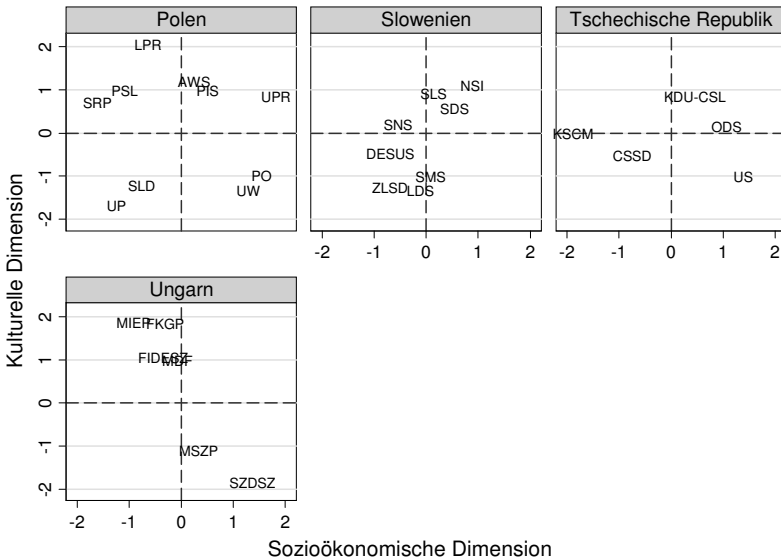
Im Hinblick auf die Übertragbarkeit des *Cleavage*-Konzepts und die Strukturierung und gesellschaftliche Verankerung der Parteiensysteme bleiben damit erhebliche Differenzen der osteuropäischen Transformationsstaaten und der westeuropäischen Folie. Freilich kann festgehalten werden, dass der politische Wettbewerb im Hinblick auf seine Dimensionalität und die salienten *Issues* im politischen Wettbewerb zunehmend mit dem Grundmuster der Parteienkonkurrenz in den etablierten Demokratien Westeuropas korrespon-

diert. Seine materielle Substanz wird von zwei unterschiedlichen, annähernd gleichberechtigten Dimensionen bestimmt, einer kulturellen und einer sozioökonomischen Konfliktachse.

4.3 Legacies and die Dimensionalität des politischen Wettbewerbs

Die folgenden Ausführungen analysieren die Verbindung von politischen Legacies und der Salienz sozioökonomischer und/oder kultureller Konfliktdimensionen. Abbildung 1 beschreibt die programmatische Positionierung politischer Parteien auf der sozioökonomischen und der kulturellen Dimension im Nachgang des bürokratisch-autoritären (Tschechische Republik) und des national-akkommodativen Sozialismus (Polen, Slowenien und Ungarn); Abbildung 2 dokumentiert dieselben Angaben für die übrigen Vergleichsstaaten, die durch die Legacies patrimonialer sozialistischer Systeme geprägt sind.

Abbildung 1: Räumlicher Parteienwettbewerb im Nachgang des bürokratisch-autoritären und des national-akkommodativen Sozialismus



Anmerkungen: Faktor-Scores im zweidimensionalen politischen Raum; berechnet auf der Grundlage der von Benoit und Laver (2006) erhobenen Expertenurteile; der Erhebungszeitraum war von Ende 2002 bis Anfang 2004; die Parteiabkürzungen sind im Anhang dokumentiert (vgl. das Verzeichnis der Parlamentsparteien).

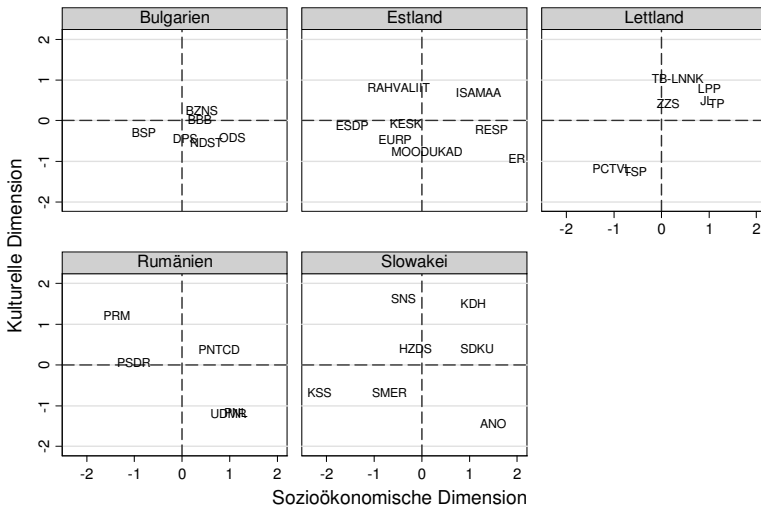
Im Nachgang des bürokratisch-autoritären Sozialismus, in der Tschechischen Republik, postulieren Kitschelt et al. (1999) eine ausgeprägte programmatische Strukturierung und Kristallisierung des Parteienwettbewerbs und die Dominanz sozioökonomischer über kulturelle Themen. Die Analyse des tschechischen Parteiensystems bestätigt die von Kitschelt et al. (1999) angenommenen und empirisch gezeigten Resultate. Während in der sozioökonomischen Dimension ein differenzierter, polarisierter Parteienwettbewerb abgelesen werden kann, vertreten die relevanten politischen Akteure auf der kulturellen Konfliktachse jeweils recht ähnliche Positionen.

Abbildung 1 dokumentiert zudem die politische Wettbewerbsdynamik im Gefolge des national-akkommodativen Sozialismus in Polen, Ungarn und Slowenien. Das von Kitschelt et al. (1999) ausgearbeitete *Legacy*-Argument impliziert, dass in diesem Kontext eine vergleichsweise flexible, reformierte sozialistische Partei Grundlinien marktliberaler Reformprozesse akzeptiert und damit die sozioökonomische Konfliktdimension bricht und den mit ihr konfundierten Regimekonflikt tendenziell „entschärft“. Stattdessen erlangen kulturelle Konfliktstoffe eine wesentliche Salienz und die tendenzielle Prägekraft für den Parteienwettbewerb. Diese Argumente können an der räumlichen Parteienkonkurrenz in Polen, Ungarn und Slowenien weitgehend nachvollzogen werden: Polen, ein Übergangstyp des bürokratisch-autoritären und des national-akkommodativen Sozialismus, weist ein Parteiensystem auf, das weiterhin nahezu gleichberechtigt durch sozioökonomische und durch kulturelle Themen strukturiert ist. Noch deutlicher kann die wachsende Bedeutung kultureller Konflikte jedoch am ungarischen Parteiensystem abgelesen werden. Während die wesentlichen Parteien auf der sozioökonomischen Konfliktachse relativ eng beieinander liegen, weisen ihre Positionen auf der kulturellen Achse eine sehr hohe Varianz auf und illustrieren so die enorme Bedeutung dieser Dimension.

Weitere fünf Vergleichsstaaten gehören, mehr oder weniger dezidiert, zum Typ des patrimonialen Sozialismus (Bulgarien und Rumänien) oder bilden Übergangstypen zwischen patrimonialem und national-akkommodativem Sozialismus (Estland, Lettland und die Slowakei). Dort werden die am wenigsten günstigen Optionen für die Herausbildung eines programmatisch strukturierten und kristallisierten Parteienwettbewerbs und gleichermaßen die höchste Anfälligkeit für personalistische und klientelistische Vermittlungsmechanismen zwischen Politikern und Bürgern unterstellt. Mit Blick auf die Dimensionalität des politischen Wettbewerbs argumentieren Kitschelt et al. (1999), dass ein sehr schroffer Regimekonflikt fortgeschrieben und das Parteiensystem vornehmlich durch sozioökonomische *Issues* bestimmt werde. Das bulgarische Parteiensystem korrespondiert noch immer sehr deutlich mit den Resultaten, die Kitschelt et al. (1999) gefunden haben; im Gefolge des patrimonialen Sozialismus bleibt die programmatische Profilierung der politischen Parteien weiterhin sehr diffus. Trotz einer am fortge-

schriebenen Regimekonflikt ausgerichteten schroffen Polarisierung vertreten die politischen Parteien besonders auf der kulturellen Konfliktachse kaum klar abgrenzbare politische Positionen; die Politikangebote auf der sozioökonomischen Achse sind nur wenig differenzierter.

Abbildung 2: Räumlicher Parteienwettbewerb im Nachgang des patrimonialen Sozialismus



Anmerkungen: Faktor-Scores im zweidimensionalen politischen Raum; berechnet auf der Grundlage der von Benoit und Laver (2006) erhobenen Expertenurteile; der Erhebungszeitraum war von Ende 2002 bis Anfang 2004; die Parteiabkürzungen sind im Anhang dokumentiert (vgl. das Verzeichnis der Parlamentsparteien).

Problematischer dagegen fällt der Befund für die Verallgemeinerung des von Kitschelt et al. (1999) eingebrachten Arguments für die übrigen Nachfolgeregimes des patrimonialen Sozialismus aus. Anders als in Bulgarien weist der rumänische Parteienwettbewerb eine deutlicher zweidimensionale Konfliktstruktur auf, die den vergleichsweise stärkeren Einfluss kultureller Themen signalisiert. Die übrigen Vergleichsstaaten, die Kitschelt et al. (1999: 38) als eine Mixtur patrimonialer und national-akkommodativer *Legacies* charakterisiert haben, fügen sich nur bedingt in das theoretisch postulierte Bild ein. Der Parteienwettbewerb in Estland, Lettland und der Slowakei akzentuiert gleichermaßen sozioökonomische wie kulturelle Sachfragen und korrespondiert deshalb deutlicher mit dem Ideal eines national-akkommodativen als mit dem eines patrimonialen sozialistischen Regimes.

5. Fazit

In den vergangenen Jahren haben sich nicht nur die politischen Prozesse und Strukturen im postsozialistischen Osteuropa weiter gewandelt; parallel hat auch ein Wandel der politikwissenschaftlichen Perspektive auf diese „neuen“ Demokratien eingesetzt. Unmittelbar nach dem Systemwechsel begann die Transitions- und Konsolidierungsforschung die an den übrigen Schauplätzen der dritten Demokratisierungswelle gefundenen kausalen Mechanismen fortzuschreiben und auf das postsozialistische Osteuropa zu übertragen. Im Zentrum dieser Analysen standen Fragen nach der Liberalisierung, Transformation und Konsolidierung der (demokratischen) politischen Systeme.

Nach dem Abschluss der unmittelbaren Übergangsphase wandte sich die Perspektive zunehmend von einer auf die spezifischen Kontexte der Übergangsprozesse ausgerichteten Analyse ab, begann die Staaten des postsozialistischen Osteuropas mit den konventionellen Instrumenten der vergleichenden Politikwissenschaft zu analysieren und stärker auf die Qualität demokratischen Regierens und seine Leistungsbilanz in verschiedenen *Policy*-Feldern abzustellen. Kitschelt et al. (1999) haben diese Perspektive mit einem zweistufigen sequenziellen Schema skizziert:

- Zunächst, während der unmittelbaren Transitionsphase, wird die Entwicklung der Parteiensysteme ganz vorrangig durch die pfadabhängigen *Legacies* der realsozialistischen *Anciens Régimes* vorgezeichnet, die gleichermaßen die Herausbildung politischer Parteien und politischer Institutionen bestimmt;
- im fortgeschriebenen Kontext des Systemwechsels entwickeln sich politische Institutionen von einer abhängigen zur unabhängigen Variable und gewinnen zunehmend an Prägekraft für die Struktur und Wettbewerbsdynamik postsozialistischer Parteiensysteme.

Postsozialistische Parteiensysteme sind jedoch weiterhin wesentlich durch die pfadabhängigen Konsequenzen des Systemwechsels charakterisiert, und weiterhin können konzeptionelle Ansätze, die nach dem Bild etablierter Demokratien geformt und dort erfolgreich getestet wurden, wie etwa das Konzept politischer *Cleavages* von Lipset und Rokkan (1967a), nicht einfach für die Analyse postsozialistischer Parteiensysteme adaptiert werden. Vielmehr konnte im empirischen Teil dieses Beitrags gezeigt werden, dass die fortgeschriebenen *Legacies* der alternativen sozialistischen *Anciens Régimes* weiterhin die Optionen zur Strukturierung und Institutionalisierung der Parteiensysteme wesentlich mitbestimmen. Zweitens beeinflussen *Legacy*-Effekte direkt die Dimensionalität des politischen Wettbewerbs und die alternative Salienz sozioökonomischer und/ oder kultureller Konfliktstoffe für die programmatische Strukturierung der Parteiensysteme.

Die Staaten des postsozialistischen Osteuropa blicken damit nicht auf gefrorene Konfliktstrukturen zurück, die, einmal langfristig verstetigt, die politische Wettbewerbsdynamik stabilisieren, sondern stehen weiter in unterschiedlich volatilen und wandelbaren Kontexten, die durch die mittelfristigen Hinterlassenschaften der sozialistischen Vorgängerregimes bestimmt werden.

Literatur

- Bartolini, Stefano/Mair, Peter (1990): *Identity, Competition and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Benoit, Kenneth/Laver Michael (2006): *Party Policy in Modern Democracies. Expert Survey Results from 47 Countries, 2003-2004*. London: Routledge.
- Berglund, Sten/Hellén, Tomas/Aarebrot, Frank H. (1998): *Foundations of Change*. In: Sten Berglund/Hellén, Tomas/Aarebrot, Frank H. (Hrsg.), *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 1-12.
- Crawford, Beverly/Lijphart, Arend (1996): *Old Legacies, New Institutions: Explaining Political and Economic Trajectories in Post-Communist Regimes*. In: Beverly Crawford/Lijphart, Arend (Hrsg.), *Liberalization and Leninist Legacies: Comparative Perspectives on Democratic Transitions*. Berkeley: University of California at Berkeley, S. 1-39.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven, London: Yale University Press.
- Elster, Jon/Offe, Claus/Preuß, Ulrich (1998): *Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen (1993): *Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe*. In: *British Journal of Political Science* 23, 4, S. 521-548.
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen (1998): *The Structuring of Political Cleavages in Post-Communist Societies: The Case of the Czech Republic and Slovakia*. In: *Political Studies* 46, 1, S. 115-139.
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen (2000): *Explaining the Formation of Political Cleavages in Post-Communist Democracies*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Mochmann, Ekkehard/Newton, Kenneth (Hrsg.), *Elections in Central and Eastern Europe. The First Wave (Founding Elections in Eastern Europe)*. Berlin: Edition Sigma, S. 13-35.
- Flora, Peter (2000): *Einführung und Interpretation*. In: Stein Rokkan (Hrsg.), *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 14-119.
- Kitschelt, Herbert (1992): *The Formation of Party Systems in East Central Europe*. In: *Politics and Society* 20, 1, S. 7-50.
- Kitschelt, Herbert (1995): *Die Entwicklung post-sozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven*. In: Wollmann, Hellmut/Wiesenthal, Hellmut/Bönker, Frank (Hrsg.), *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 475-505.

- Kitschelt, Herbert/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw/Tóka, Gabór (1999): Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert/Smyth, Regina (2002): Programmatic Party Cohesion in Emerging Postcommunist Democracies. Russia in Comparative Context. In: *Comparative Political Studies* 35, 10, S. 1228-1256.
- Klingemann, Hans-Dieter (1994): Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa. In: Zapf, Wolfgang/Dierkes, Meinolf (Hrsg.), *Institutionenvergleich und Institutionendynamik. Jahrbuch des WZB für Sozialforschung*. Berlin: Edition Sigma, S. 13-38.
- Lawson, Kay/Römmle, Andrea/Karasimeonov, Georgi (Hrsg.) (1999): Cleavages, Parties, and Voters. Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania. Westport, London: Praeger.
- Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *American Political Science Review*, 53, S. 69-105.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967a): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. In: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York: The Free Press, S. 1-64.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967b): *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Mair, Peter (1997): *Party System Change. Approaches and Interpretations*. Oxford: Clarendon Press.
- Rae, Douglas W./Taylor, Michael (1970): *The Analysis of Political Cleavages*. New Haven, London: Yale University Press.
- Rokkan, Stein (1970): *Citizens, Elections, Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*. Oslo: Universitetsforlaget.
- Rokkan, Stein (1977): Towards a Generalized Concept of Verzuiling. In: *Political Studies* 25, 4, S. 563-570.
- Rokkan, Stein (2000): Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sartori, Giovanni (1969): From the Sociology of Politics to Political Sociology. In: Seymour Martin Lipset (Hrsg.), *Politics and the Social Sciences*. Oxford: Oxford University Press, S. 65-100.
- Sikk, Allan (2005): How unstable? Volatility and the genuinely new parties in Eastern Europe. In: *European Journal of Political Research* 44, 3, S. 391-412.
- Whitefield, Stephen (2002): Political Cleavages and Post-Communist Politics. In: *Annual Review of Political Science* 5, 1, S. 181-200.

